



BÜRGERHAUSHALT DER STADT RATINGEN 2011

Erfahren Sie mehr über den Haushaltsplanentwurf
2011 und die Finanzlage der Stadt Ratingen

Inhalt

VORWORT	4
I. AUFSTELLUNG, VERABSCHIEDUNG UND AUFBAU DES STÄDTISCHEN HAUSHALTSPLANES	6
1. Prozess der Haushaltsplanaufstellung.....	6
2. Die Haushaltssatzung	7
3. Vorbericht des Haushaltsplanes	7
4. Gesamtergebnisplan- und Gesamtfinanzplan	7
5. Zusammenhang zwischen der Ergebnis- und Finanzrechnung und der Bilanz.....	9
Exkurs: Aufwand und Ertrag im Ergebnisplan vs. Auszahlung und Einzahlung im Finanzplan	11
II. DETAILERLÄUTERUNGEN ZUM GESAMTERGEBNISPLAN	12
1. Woher kommt das städtische Geld?.....	12
a. Gewerbesteuer	12
b. Einkommensteuer	13
c. Gebühren und Entgelte.....	13
d. Grundsteuer A und B	13
e. Übrige Erträge	13
f. Erträge aus Sonderposten.....	14
g. Schlüsselzuweisungen	14
2. Wohin geht das Geld bzw. wofür muss es ausgegeben werden?.....	14
a. Abgaben an den Kreis und das Land	15
b. Personal- und Versorgungsaufwendungen	15
c. Sachaufwendungen.....	15
d. Übrige Aufwendungen	16
e. Bilanzielle Abschreibungen.....	16

III. TEILPLÄNE.....	16
Übersicht über die Zuschussbedarfe der Produktbereiche.....	17
1. Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	17
2. Schulträgeraufgaben.....	17
3. Innere Verwaltung	17
4. Verkehrsflächen und –anlagen	17
5. Sicherheit und Ordnung	17
6. Kultur.....	18
7. Zuschussbedarfe aller 17 Produktbereiche.....	18
INVESTITIONEN IN DEN STADTTTEILEN	18
IV. SCHULDENSTAND DER STADT RATINGS	20
V. EINSPARUNGS- UND KONSOLIDIERUNGSMABNAHMEN IM HAUSHALTSPLAN-ENTWURF 2011.....	21
VI. FAZIT.....	22

Vorwort

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

zunächst möchten wir uns herzlich für Ihr Interesse am Haushaltsplan und an der Finanzlage der Stadt Ratingen bedanken, das Sie mit dem Lesen dieser Broschüre zeigen.

Der Rat der Stadt Ratingen hat Ende des vergangenen Jahres die schrittweise Einführung eines sogenannten Bürgerhaushaltes beschlossen. Diese Ihnen nun vorliegende Broschüre stellt ein wesentliches Element eines Bürgerhaushaltes dar, in der die Bürgerinnen und Bürger ergänzend zu den Etatreden und Presseberichterstattungen über den Haushaltsplanentwurf 2011 der Stadt Ratingen informiert werden.

Eine Stadtverwaltung hat den gesetzlichen Auftrag zur Daseinsvorsorge im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Hinter diesem Gesamtauftrag verbirgt sich ein enorm breites Spektrum von Aufgaben, das von der Stadtentwässerung über die Bereitstellung von Schulgebäuden, Pflege von Grünanlagen und Friedhöfen, Unterhaltung einer Feuerwehr bis hin zu erzieherischen Hilfen bei Jugendlichen oder der Instandhaltung der öffentlichen Straßen inkl. Winterdienst reicht. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben müssen Personal, Material, Geräte und Gebäude bezahlt werden. Diese Ausgaben, aber auch die Einnahmen aus Steuern, Gebühren, Zuschüssen und – wenn das nicht reicht – Krediten werden im Haushaltsplan für die Verwaltung verbindlich festgelegt.

Neben dem übergeordnetem Auftrag zur Aufgabenerfüllung gelten jedoch noch zwei weitere wichtige Ziele. Das sind zum Einen die Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Gemeinde und zum Anderen das Erreichen des Haushaltsausgleiches – also möglichst der jährliche Ausgleich zwischen den verfügbaren Mitteln (Erträge, z.B. Steuern, Gebühren, sonstige Entgelte) und den notwendigen Verbräuchen an Waren und Dienstleistungen (Aufwendungen, z.B. Material-, Personal- und Sozialkosten). So soll sichergestellt werden, dass die Gemeinde auch langfristig die Fähigkeit zur Aufgabenerfüllung behält und somit zukünftige Generationen nicht benachteiligt werden. Auch diese Bedingungen müssen im Haushaltsplan berücksichtigt werden.

Der Haushaltsplan ist das zentrale Instrument des Rates zur Steuerung des Verwaltungshandelns. Hier werden der Verwaltung für die einzelnen Aufgabenbereiche Mittel zugebilligt, Steuersätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer festgelegt, Investitionsmaßnahmen veranschlagt sowie mit dem Stellenplan der Personaleinsatz geregelt. Der Haushaltsplan bestimmt somit das Verwaltungshandeln des ganzen Jahres.

Neben dieser Steuerungsfunktion soll der Haushaltsplan jedoch auch die Bürgerschaft und andere Interessierte darüber informieren, wofür die öffentlichen Gelder eingesetzt werden. Auf Grund der Vielzahl von Form- und Inhaltsvorschriften sowie des großen Umfangs sind die Informationen des Haushaltsplanes jedoch leider nicht für alle Bürgerinnen und Bürger immer leicht verständlich. Auf den folgenden Seiten möchte die Stadt Ratingen Ihnen daher die Grundzüge eines kommunalen Haushaltsplanes darstellen. Auf der Basis dieser Informationen sollen Sie in die Lage

versetzt werden, den Haushaltsplan der Stadt Ratingen besser nachvollziehen und beurteilen zu können.

Auf Bewertungen der Rater Haushaltssituation wurde in dieser Broschüre verzichtet. Informationen hierzu können Sie den Etatreden des Bürgermeisters, des Stadtkämmerers und der Fraktionen des Rates der Stadt Ratingen entnehmen. Damit die finanzielle Situation der Stadt Ratingen richtig eingeordnet werden kann, werden in der Broschüre jedoch in Ausnahmefällen Vergleiche mit anderen Kommunen vorgenommen.

Zur besseren Verständlichkeit werden ferner einige Sachverhalte verkürzt und vereinfachend dargestellt und die notwendigen Fachbegriffe erklärt. Wenn Sie nur einen schnellen Überblick über den Haushaltsplanentwurf 2011 haben möchten, bietet sich hierzu das Kapitel I.4 „[Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzplan 2011](#)“ an. Sowohl der gesamte Haushaltsplan als auch die Etatreden des Bürgermeisters und des Stadtkämmerers zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2011 sind auch im Internet unter www.ratingen.de zu finden. Die Etatreden der Fraktionen werden am 24. März 2011 unmittelbar vor der Etatverabschiedung gehalten.

Wir hoffen, dass die in dieser Form erstmals erstellte Broschüre Interessantes und Wissenswertes über das Haushalten und Wirtschaften Ihrer Stadt vermittelt. Anregungen, Hinweise und auch Verbesserungsvorschläge zur künftigen inhaltlichen Gestaltung der Broschüre nimmt mein Amt für Finanzwirtschaft gerne unter der Email-Adresse

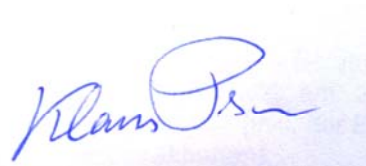
buergerhaushalt@ratingen.de

entgegen. Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, die Broschüre Jahr für Jahr auf die wesentlichen Informationsinteressen der Rater Bürgerinnen und Bürger abzustimmen. Hierbei sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. Für jeden Ihrer Beiträge möchten wir uns herzlich bedanken.

Mit freundlichen Grüßen



(Harald Birkenkamp)
Bürgermeister



(Klaus-Konrad Pesch)
Erster Beigeordneter / Stadtkämmerer

I. Aufstellung, Verabschiedung und Aufbau des städtischen Haushaltsplanes

Im Haushaltsplan sind die Erträge und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen des neuen Haushaltsjahres im Einzelnen einzuplanen. Der Rat gibt mit dem Haushaltsplan die Schwerpunkte des künftigen Verwaltungshandelns vor. Der Haushaltsplan besteht aus mehreren Elementen und ist in einer bestimmten Art und Weise vom Bürgermeister und Stadtkämmerer aufzustellen und vom Rat zu verabschieden. Dies wird im Folgenden dargestellt:

1. Prozess der Haushaltsplanaufstellung

Die Aufstellung des Haushaltsplanes erfolgt nach einem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren (§ 80 Gemeindeordnung NRW) und umfasst am Beispiel des Haushaltsplanentwurfes 2011 folgende Schritte:

1. Aufstellung des Entwurfes durch den Kämmerer und den Bürgermeister auf Basis von Erfahrungswerten, Prognosen und Mittelanmeldungen der einzelnen Ämter;
2. Einbringung des Entwurfes in den Rat inkl. einer Erläuterung mit den Etatreden des Bürgermeisters und des Kämmerers; der Haushaltsplan-Entwurf 2011 wurde am 14.12.2010 in den Rat eingebracht; die Etatreden können Sie auf der Internetseite der Stadt Ratingen nachlesen;
3. Öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Ratingen sowie Auslegung des Haushaltsplanes zur Einsichtnahme für interessierte Bürgerinnen und Bürger;
4. Stadtteilbezogene Beratung der Investitionsmaßnahmen in den sechs Bezirksausschüssen der einzelnen Ratinger Stadtteile (diese Beratungen haben Ende Januar 2011 stattgefunden);
5. Themenbezogene Beratung in den acht Fachausschüssen (Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss, Kulturausschuss, Schulausschuss, Sportausschuss, Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, Wirtschaftsförderungsausschuss, -Bau und Vergabeausschuss); diese Beratungen finden im Februar 2011 statt;
6. Zusammenfassung aller Beratungsergebnisse und ganzheitliche Beratung am 10. März 2011 im Haupt- und Finanzausschuss;
7. Abschließende Beratung und Verabschiedung am 24. März 2011 im Rat (inkl. der Etatreden der Fraktionen);
8. Einarbeitung der vom Rat beschlossenen Änderungen in den Haushaltsplan;
9. Anzeige des Haushaltsplanes bei der Aufsichtsbehörde (Kreis Mettmann);
10. Nach Kenntnisnahme durch die Aufsichtsbehörde wird dann die Haushaltssatzung öffentlich bekannt gemacht und erlangt so Rechtskraft; erfahrungsgemäß wird dieser letzte Schritt im Juni 2011 abgeschlossen.

Die Haushaltsberatung im Rat erfolgt auf Basis des Budgetplanes (laufende Einnahmen und Ausgaben der Stadtämter) und des Investitionsplanes (Investitionen - i.d.R. einmalige Ausgaben, mit denen langlebige Werte geschaffen werden). Im Ratinger Budgetplan werden auch sämtliche Zuschüsse, die die Stadt an Dritte zu zahlen plant, übersichtlich aufgelistet. Der Ratinger Budgetplan ist z.T. im Internet veröffentlicht - aufgeteilt in den [allgemeinen Teil](#), die [Erläuterungen](#) und die [Einzelaufstellung der Zuschüsse](#).

2. Die Haushaltssatzung

Der Haushaltsplan wird vom Rat im Rahmen der Haushaltssatzung erlassen. Sie stellt gewissermaßen ein „auf die Stadt Ratingen beschränktes Gesetz“ dar und enthält neben den Gesamtaufwendungen und -erträgen auch die Hebesätze für Gewerbe- und Grundsteuer sowie die Kreditobergrenzen.

3. Vorbericht des Haushaltsplanes

Zunächst werden in einem ausführlichen Vorbericht ([Link](#)), neben grundsätzlichen Erläuterungen über Struktur und Erstellung des Haushaltsplanes, die Finanz- und Wirtschaftslage der Stadt, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die wesentlichen Informationen zum neuen Haushaltsjahr dargestellt. Hier werden auch drohende Risiken und die Entwicklung der wichtigsten Ertrags- und Aufwandsarten dargestellt, sodass insgesamt schon durch den Vorbericht ein umfassendes Bild entsteht.

4. Gesamtergebnisplan- und Gesamtfinanzplan

Der Ergebnisplan ([Link](#)) ist ein Kernelement des Haushaltsplanes. Im Ergebnisplan werden Aufwendungen und Erträge geplant – er entspricht somit weitgehend der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung. Die Differenz zwischen den Erträgen und Aufwendungen des Ergebnisplanes stellt den geplanten Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag dar. Nach Abschluss des Haushaltsjahres sind die tatsächlichen Rechnungsergebnisse bekannt (Ergebnisrechnung).

Der Ergebnisplan-Entwurf sieht für 2011 ordentliche Erträge von 240,9 Mio. € sowie ordentliche Aufwendungen von 248,3 Mio. € vor. Unter Einbeziehung des ordentlichen Finanzergebnisses ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von 5,7 Mio. €, d.h. es werden im Jahr 2011 voraussichtlich 5,7 Mio. € mehr verbraucht, als durch Steuern, Gebühren, Beiträge und sonstige Entgelte eingenommen werden.

Die Herstellung des Haushaltsausgleiches ist besonders abhängig von der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung, die sich vor allem bei den Steuereinnahmen bemerkbar macht. Die Steuereinnahmen können somit von Jahr zu Jahr zum Teil hohen Schwankungen unterliegen. Unter anderem deshalb (und wegen den hohen Kreisumlage- und Sozialkostenbelastungen) wird im Haushaltsjahr 2011 voraussichtlich ein Jahresfehlbetrag von 5,7 Mio. € entstehen.

Gesamtergebnisplan (verkürzte Darstellung)	Ansatz 2010 Mio. Euro	Ansatz 2011 Mio. Euro
Ordentliche Erträge	247,1	240,9
<i>davon u.a. Steuern u. ähnliche Abgaben;</i>	<i>167,2</i>	<i>169,4</i>
<i>Zuwendungen und allg. Umlagen;</i>	<i>29,4</i>	<i>19,9</i>
<i>Leistungsentgelte</i>	<i>37,3</i>	<i>38,6</i>
Ordentliche Aufwendungen	249,5	248,3
<i>davon u.a. Personal und Versorgungsaufwand;</i>	<i>60,3</i>	<i>60,3</i>
<i>Sach- und Dienstleistungen;</i>	<i>27,5</i>	<i>26,7</i>
<i>Transferaufwand;</i>	<i>127,5</i>	<i>126,2</i>
<i>Abschreibungen</i>	<i>21,3</i>	<i>21,7</i>
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-2,4	-7,3
<i>Finanzerträge</i>	<i>4,2</i>	<i>6,6</i>
<i>Zinsen u. sonstige Finanzaufwendungen</i>	<i>5,3</i>	<i>5,0</i>
Finanzergebnis	-1,1	1,6
Jahresergebnis	-3,5	-5,7

Der Gesetzgeber erlaubt allen Kommunen, bis zu einer bestimmten Höhe eine Reduzierung des Eigenkapitals in Kauf zu nehmen, um Jahresfehlbeträge auszugleichen. Dieser ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde reduzierbare Teil des Eigenkapitals wird Ausgleichsrücklage genannt und beträgt in Ratingen aktuell ca. 62,1 Mio. €, da im Jahresabschluss des Jahres 2010 entgegen der Planung vorläufig kein Fehlbetrag entstehen wird. Im Jahr 2011 wird die Ausgleichsrücklage voraussichtlich um 5,7 Mio. € auf rd. 56,4 Mio. € verringert. Weil Ratingen noch diese Ausgleichsrücklage hat, gilt der Haushaltsplan 2011 trotz der erwarteten Jahresfehlbeträge in den Jahren 2011 bis 2014 als „fiktiv“ ausgeglichen.

Die meisten anderen Kommunen haben im Gegensatz zu Ratingen die o.g. Ausgleichsrücklage bereits in voller Höhe in Anspruch genommen. Diese Kommunen müssen sich deshalb ihre Haushalte von der Aufsichtsbehörde genehmigen lassen und dürfen teilweise nur Pflichtaufgaben unter strengen Auflagen der Aufsichtsbehörde wahrnehmen. Freiwillige Aufgaben dürfen hier in der Regel nicht mehr oder nur noch sehr stark eingeschränkt fortgesetzt werden. Dies führte in einigen Kommunen zum Beispiel zu Schließungen von Bädern, Stadthallen, Büchereien usw. Solange diese Kommunen ihre Haushalte nicht ausgleichen können, dürfen sie keine eigenen finanziellen Entscheidungen mehr treffen. Jede Investitionsmaßnahme an Schulen, Kindergärten usw. muss zum Beispiel von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden.

Eine solche Entwicklung ist in der Stadt Ratingen aus heutiger Sicht nicht zu erwarten, es sei denn, es würden erhebliche, nicht vorhersehbare Steuerausfälle eintreten. Da die Stadt Ratingen ihre o.g. Ausgleichsrücklage jedoch bis zum Jahr 2014 voraussichtlich um 22,5 Mio. € auf insgesamt 39,6 Mio. € reduzieren muss und in diesen Jahren v.a. wegen der nicht beeinflussbaren hohen Sozialkosten- und Kreisumlagebelastungen auch mehr ausgeben muss als sie einnehmen kann, sind bereits heute Einsparungs- und Konsolidierungsbemühungen erforderlich. So können dauerhaft eigenständige Finanzentscheidungen des Rates der Stadt Ratingen und weiterhin notwendige Investitionen zum Beispiel an Schulen, Kindergärten und Straßen wie bisher gewährleistet bleiben.

Im Gegensatz zum Ergebnisplan werden im Finanzplan die tatsächlichen Einzahlungen und Auszahlungen registriert und gegenübergestellt. Diese zeigen so die geplante Veränderung des städtischen Zahlungsmittelbestandes bzw. die Veränderungen auf dem städtischen Bankkonto. Der Finanzplan (bzw. nach Abschluss des Haushaltsjahres die Finanzrechnung) ist somit vergleichbar mit einem privaten Girokonto, auf dem sämtliche Bankbewegungen registriert und fortgeschrieben werden (entspricht prinzipiell der kaufmännischen Cashflow- bzw. Kapitalflussrechnung).

In Ziffer 5 wird in einem Exkurs anhand von Beispielen der nicht immer leicht nachvollziehbare Unterschied zwischen bestimmten Erträgen und Aufwendungen des Ergebnisplanes und bestimmten Ein- und Auszahlungen des Finanzplanes näher erläutert. In den meisten Fällen sind jedoch Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Erträge und Einzahlungen gleich; Ausnahmen stellen vor allem Investitionsmaßnahmen und Rückstellungen dar (vgl. [Exkurs Aufwendungen und Erträge vs. Ein- und Auszahlungen](#)).

Zentrale Größe im Finanzplan ist der Finanzmittelüberschuss bzw. der Finanzmittelfehlbetrag. In Ratingen wird im Jahr 2011 ein Finanzmittelfehlbetrag erwartet, d.h. es wird voraussichtlich mehr Geld ausgegeben als eingenommen wird. Der Differenzbetrag soll im Jahr 2011 vor allem aus noch vorhandenen Bankbeständen (Bestand an eigenen Finanzmitteln) und zu einem geringeren Teil aus Krediten beglichen werden. Siehe hierzu die folgende Tabelle:

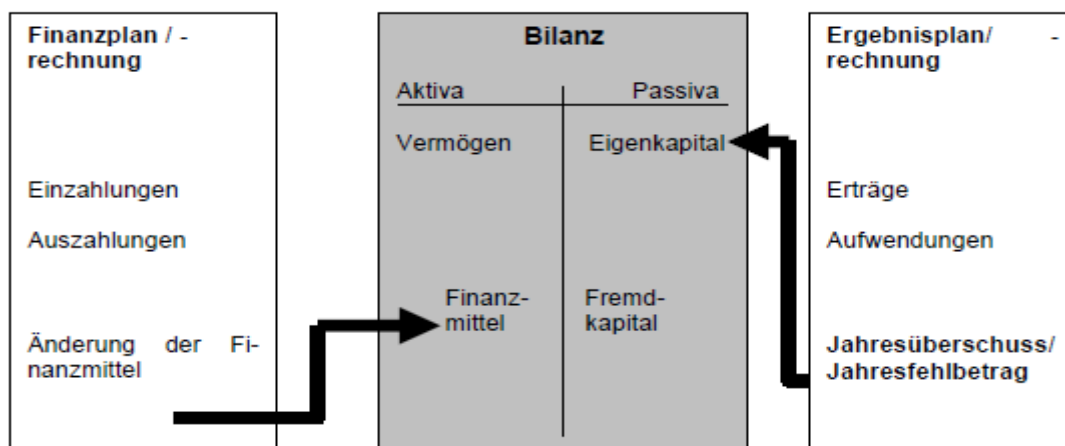
Finanzplan (verkürzte Darstellung)	Ansatz 2010 Mio. Euro	Ansatz 2011 Mio. Euro
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	240,4	236,0
./. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	239,7	240,1
= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	0,7	-4,1
Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit (ohne Kreditaufnahmen)	12,1	12,1
./. Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	- 43,4	- 33,3
= Saldo aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit (ohne Kreditaufnahmen)	- 31,3	- 21,2
Finanzmittelfehlbetrag insgesamt	-30,6	-25,3
Deckung durch Verringerung der Bankbestände in Höhe von	22,1	20,3
und eingeplante Kreditaufnahme von	8,5	5,0

Die vollständigen Finanz- und Ergebnispläne finden Sie im Haushaltsplan auf den blauen Seiten oder auf der Seite der Stadt Ratingen ([Link](#))

5. Zusammenhang zwischen der Ergebnis- und Finanzrechnung und der Bilanz

Die Ergebnisse von Finanz- und Ergebnisrechnung werden im Rahmen des Jahresabschlusses in die Bilanz „überführt“. Der Jahresüberschuss bzw. –fehlbetrag eines Jahres in der Ergebnisrechnung erhöht oder vermindert rechnerisch das Eigenkapital in der Bilanz (Passiva) zum Stichtag 31. Dezember. Die Änderung der Finanzmittel („Bankkonto“) in einem Jahr erhöht oder vermindert den Bestand an Finanzmitteln in

der Bilanz (Aktiva) zum Stichtag 31. Dezember. Dies veranschaulicht folgende Grafik:



Die städtische Bilanz zeigt auf der Aktivseite das städtische Vermögen und auf der Passivseite, wie dieses Vermögen finanziert worden ist – sie ist weitestgehend mit einer handelsrechtlichen Bilanz vergleichbar. Im Haushaltsplan 2011 ist die Bilanz zum 31.12.2008 abgebildet.

Bilanz zum 31.12.2008 (in Mio. €)			
Aktiva (Vermögen)		Passiva (Schulden)	
	(Mio. €)		(Mio. €)
Anlagevermögen		Eigenkapital	
Immaterielles Vermögen	1,3	Allgemeine Rücklage	277,1
Unbebaute Grundstücke	110,3	Ausgleichsrücklage	62,1
<i>davon Grünflächen</i>	85,5	Jahresüberschuss	0,4
Bebaute Grundstücke	243,0		
<i>davon Schulen</i>	141,0	Sonderposten	216,2
Infrastrukturvermögen	323,9		
<i>davon Kanalnetz</i>	153,7	Rückstellungen	
<i>davon Straßen, Wege</i>	74,6	Pensionsrückstellungen	92,6
<i>davon Grund und Boden</i>	82,1	Instandhaltungsrückstellungen	49,8
Maschinen und Fahrzeuge	6,4	Sonstige Rückstellungen	23,9
Betriebs- und Geschäftsausstattung	11,5		
Anlagen im Bau	26,9	Verbindlichkeiten	
Stadtwerkebeteiligung	14,1	Investitionskredite	100,1
Sonstige Finanzanlagen	9,5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2,4
Umlaufvermögen		Sonstige Verbindlichkeiten	3,8
Vorräte	0,3	Passive Rechnungsabgrenzung	6,8
Forderungen	8,4		
Liquide Mittel	79,0	Summe Passiva	835,5
Aktive Rechnungsabgrenzung	0,8		
Summe Aktiva	835,5		

Die gesamte Bilanz finden Sie im Haushaltsplan im Anschluss an den Vorbericht ab Seite V62 ([Link](#))

Zur besseren Verständlichkeit hier eine Erläuterung einzelner Begriffe

Anlagevermögen: Vermögen, das der Stadt Ratingen auf Dauer dienen soll.

Umlaufvermögen: Vermögen, das der Stadt Ratingen nicht auf Dauer dienen soll, sondern zum Verbrauch oder Verkauf zur Verfügung steht.

Betriebs- und Geschäftsausstattung: Weit gefasster Begriff für bewegliches Vermögen, wie z.B. die Schul- und Büroeinrichtungen, Atemschutzgeräte, Kettensägen etc.

Anlagen im Bau: Noch nicht fertig gestellte Investitionsmaßnahmen, die daher auch noch nicht „in Betrieb genommen wurden“ und deshalb der Werteverzehr noch nicht gleichmäßig auf die Nutzungsdauer verteilt wird (noch keine Aufwendungen aus Abschreibungen).

Liquide Mittel: Geldbestand auf Bankkonten und in der „Kasse“.

Ausgleichsrücklage: Anteil des Eigenkapitals, der ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde zum Haushaltsausgleich herangezogen werden kann. Eine solche Entnahme aus der Ausgleichsrücklage bedeutet aber immer eine Verringerung des Eigenkapitals!

Sonderposten: Hier werden Zuschüsse und Zuweisungen zusammengefasst, die die Stadt Ratingen in der Vergangenheit erhalten hat.

Rückstellungen: Rückstellungen sind ungewisse Verbindlichkeiten, also Verbindlichkeiten von denen man zwar weiß, dass sie entstehen werden, aber noch nicht wann und in welcher genauen Höhe.

Verbindlichkeiten: Hierunter sind Schulden, die die Stadt derzeit hat, zusammengefasst. Das umfasst zum einen Kredite, aber auch im alten Jahr noch eingegangene Rechnungen, die erst nach dem Jahreswechsel im neuen Jahr fällig sind.

Exkurs: Aufwand und Ertrag im Ergebnisplan vs. Auszahlung und Einzahlung im Finanzplan

Der Unterschied zwischen Aufwand und einer Auszahlung liegt in der zeitlichen Zuordnung des entsprechenden Geschäftsvorfalles. Diese ist beim Aufwand an den Zeitpunkt des Güterverbrauchs und bei Auszahlungen an den Zahlungszeitpunkt geknüpft. Aufwand ist also der bewertete Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen in einem Jahr. Im Regelfall sind Aufwand und Auszahlung identisch (z.B. Personalkosten). Wird jedoch z.B. in 2011 ein Rettungswagen für 120.000 € gekauft der 6 Jahre fahren soll, so stellt dies eine Auszahlung nur im Jahr der Anschaffung, also im Jahr 2011 dar. Aufwand entsteht jedoch während der gesamten Nutzungsdauer in Höhe von 20.000 € pro Jahr. Das Fahrzeug wird folglich mit gleichmäßigen Raten verteilt auf die Nutzungsdauer innerhalb von 6 Jahren „abgeschrieben“ (Aufwendungen aus Abschreibungen).

Ein weiteres wichtiges Beispiel ist die Bildung von Pensionsrückstellungen für Beamte und Beamtinnen. Jede/r Beamte/in erwirbt jedes Jahr Pensionsansprüche. Diese stellen Verbindlichkeiten einer Stadt gegenüber Ihren Beamten und Beamtinnen dar. Anders als bei den gesetzlich versicherten Arbeitnehmern, bei denen der Arbeitgeber bereits während den Beschäftigungszeiten jedes Jahr tatsächlich Beiträge in die Rentenversicherung einzahlen muss, muss eine Stadt für die Beamten und Beamtinnen erst Zahlungen leisten, wenn der/die Beamte/in pensioniert wird.

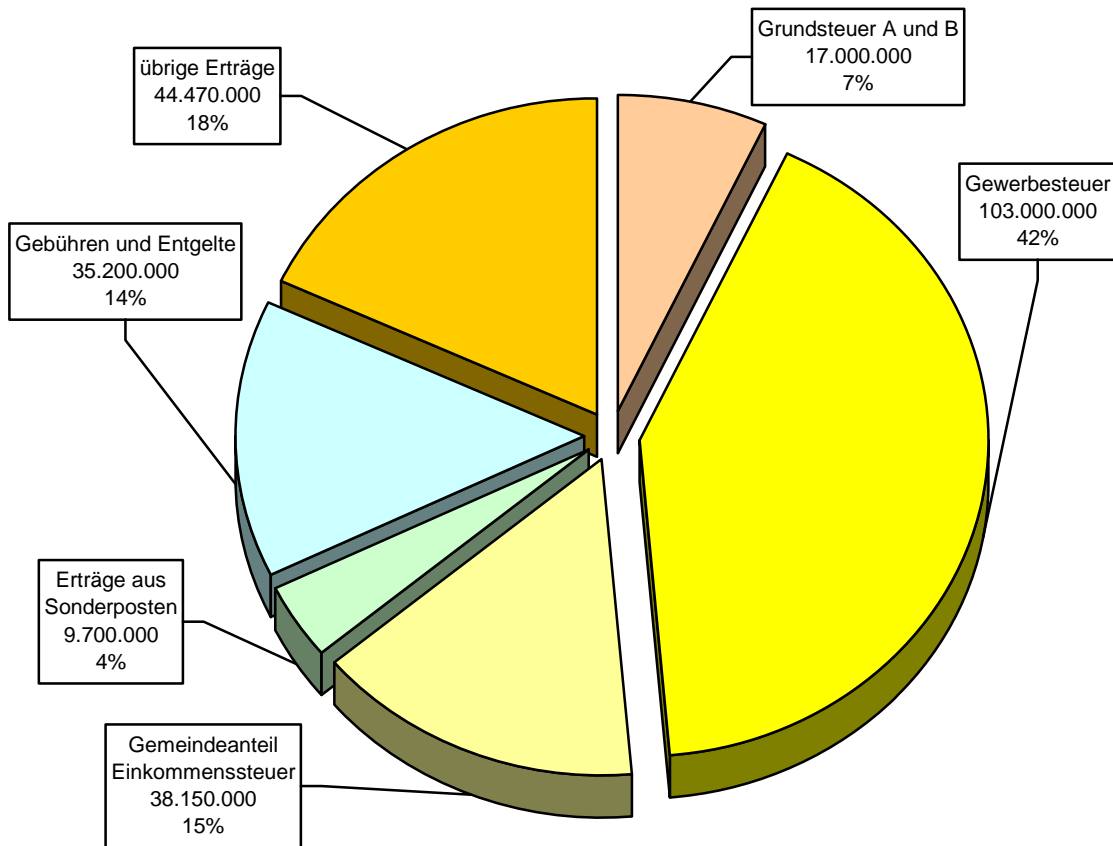
Die jedes Jahr von den Beamten und Beamtinnen neu erworbenen Pensionsansprüche sind jedoch als nicht-zahlungswirksamer Aufwand im Ergebnisplan zu berücksichtigen und erhöhen so Jahr für Jahr den „fiktiven“ Bilanzposten der Pensionsrückstellungen (ohne dass tatsächlich Geld zurückgelegt wird).

Durch die zeitliche Zuordnung von Aufwendungen zum Zeitpunkt des Verbrauchs soll die Haushaltswirtschaft intergenerativ gerecht werden. Das Ziel der intergenerativen Gerechtigkeit ist der Grund, wieso mit der Einführung der doppelten Buchführung bei den Kommunen ein Haushalt nur dann als ausgeglichen gilt, wenn die Aufwendungen die Erträge nicht übersteigen.

II. Detailerläuterungen zum Gesamtergebnisplan

1. Woher kommt das städtische Geld?

Die für den Haushaltsausgleich notwendigen Erträge sind vielfältig. Die wichtigsten sind die Gewerbesteuer, der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, Gebühren und Entgelte sowie die Grundsteuern.



Gesamterträge: 247,5 Mio. €

a. Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer wird von ansässigen Unternehmen auf ihren Gewinn gezahlt. Auf Grund der stark angesiedelten Unternehmen hat Ratingen im Vergleich zu anderen Kommunen überdurchschnittlich hohe Gewerbesteuererträge. Für 2011 sind hier Erträge von 103,0 Mio. € eingeplant. Die Ermittlung der Gewerbesteuererträge ist im Vorbericht ab der Seite V 27 ersichtlich.

Die Gewerbesteuer unterliegt von Jahr zu Jahr Schwankungen, die der allgemeinen wirtschaftlichen Lage geschuldet sind. Diese spiegelt sich in der Regel erst 1 bis 2 Jahre später im Steueraufkommen wider, sodass die aktuelle positive wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen noch nicht vollständig in den Zahlen für 2011 erkennbar ist.

b. Einkommensteuer

Neben der Gewerbesteuer ist der kommunale Anteil an der Einkommensteuer die wichtigste Ertragsquelle. Für 2011 ist hier ein Betrag von 38,15 Mio. € eingeplant. Das bedeutet einen Anteil Ratingens von 0,7 % am NRW-Anteil (gesamt ca. 5,45 Mrd. €).

c. Gebühren und Entgelte

Gebühren und Entgelte werden – im Gegensatz zu Steuern – für konkrete Leistungen erhoben. Zu diesem Bereich gehören sowohl die Leihgebühren der Bücherei und Verwaltungsgebühren, als auch VHS- oder Parkgebühren. Am wichtigsten in diesem Bereich sind jedoch die Benutzungsgebühren (Märkte, Friedhöfe, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Rettungsdienst und Abfallentsorgung), die kostendeckend geführt werden müssen.

Zur Berechnung der Gebührensätze wird jedes Jahr auf Basis der erwarteten Kosten (z.B. Personal-, Sach-, Gebäude- und Querschnittskosten) und Gebührenfälle (z.B. Einsätze des Rettungsdienstes) eine Kalkulation der zur Kostendeckung erforderlichen Gebührensätze erstellt. Zum Jahresende wird dann ein Betriebsabschluss für die Gebührenhaushalte erstellt, sodass festgestellt werden kann wie hoch die tatsächlichen Kosten und Gebührenerträge waren. Dabei besteht ein Gewinnerzielungsverbot für alle Gebühren, sodass eventuell zu viel vereinnahmte Erträge über die Gebührensätze im nächsten Jahr wieder an den Gebührenzahler zurückgegeben werden.

d. Grundsteuer A und B

Die Grundsteuern müssen sämtliche Grundstückseigentümer und – über die Nebenkostenabrechnung – i.d.R. auch die Mieter zahlen. Sie wird zurzeit noch nach dem Einheitswert des Grundstückes bemessen. Dabei wird zwischen land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen (Grundsteuer A) sowie bebauter Fläche (Grundsteuer B) unterschieden. Für 2011 ist eine moderate Erhöhung der Grundsteuerhebesätze um jeweils 20 Prozentpunkte vorgesehen (Grundsteuer A von 180% auf 200%; Grundsteuer B von 380% auf 400%), wobei zu beachten ist, dass diese in den letzten Jahren sehr stabil waren, bzw. teilweise gesenkt wurden und somit bislang nicht der Inflation angepasst worden sind. Mit den erhöhten Steuersätzen würden in 2011 erst wieder die Steuersätze des Jahres 1995 erreicht. Ein Entschluss darüber, ob die Grundsteuerhebesätze in Ratingen erhöht werden und ggf. um wie viel und ab wann, wird in der Sitzung des Stadtrates am 24. März 2011 getroffen.

e. Übrige Erträge

Unter dieser Position sind insbesondere die Finanzerträge i.H.v. 6,6 Mio. zu nennen. Darunter fällt die Gewinnausschüttung der Stadtwerke sowie die Zuwendungen und Zuschüsse, die überwiegend vom Land NRW und dem Bund geleistet werden (v.a. Betriebskostenzuschüsse für Kindergärten) i.H.v. 10,2 Mio. €. Hinzu kommen sonstige Steuererträge aus Hunde- und Vergnügungssteuer sowie einem Anteil an der Umsatzsteuer i.H.v. zusammen 6,8 Mio. €.

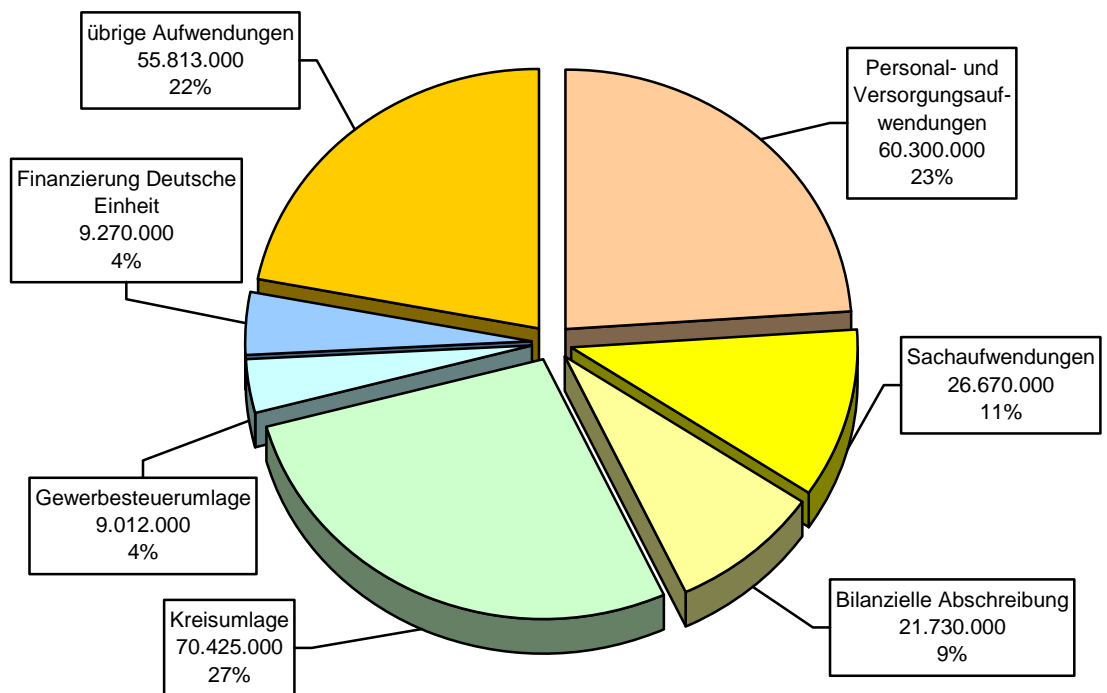
f. Erträge aus Sonderposten

Zuschüsse zu Investitionen, wie z.B. ein Baukostenzuschuss vom Land zu einem neuen Kindergarten, verbessern nicht einmalig das Jahresergebnis in voller Höhe, sondern werden als Sonderposten in der Bilanz abgebildet. Korrespondierend zu den Abschreibungsbeträgen (z.B. eines Fahrzeuges) wird auch in gleichem Maße der Sonderposten über die Nutzungsdauer (des Fahrzeuges) aufgelöst. Diese Auflösung stellt einen Ertrag dar, d.h. sie verbessert das Jahresergebnis. So werden auch die Zuschüsse intergenerativ gerecht auf die Lebensdauer der damit verbundenen Investition verteilt.

g. Schlüsselzuweisungen

Schlüsselzuweisungen sind Zahlungen des Landes an die Kommunen. Diese Zahlungen dienen der Unterstützung finanzschwacher Kommunen und werden an Hand der Steuerkraft der Gemeinden verteilt. Auf Grund der hohen Steuerkraft bei der Gewerbesteuer erhält die Stadt Ratingen keine Schlüsselzuweisungen vom Land. Deshalb muss die Stadt Ratingen ihre Ausgaben überwiegend aus eigenen Mitteln bestreiten.

2. Wohin geht das Geld bzw. wofür muss es ausgegeben werden?



Gesamtaufwendungen: 253,2 Mio.€

a. Abgaben an den Kreis und das Land

Die im vorangegangenen Kapitel erläuterte hohe Steuerkraft der Stadt Ratingen sowie der Mittelbedarf haben zur Folge, dass hohe Umlagen abzuführen sind. Diese belaufen sich auf ca. 95,3 Mio. €, wovon die Kreisumlage den größten Anteil i.H.v. 70,4 Mio. € darstellt. Diese dient der Finanzierung der durch den Kreis Mettmann wahrgenommenen Aufgaben. Die von der Gewerbesteuer abzuführende Gewerbesteuerumlage steht dem Land NRW zu, während der Ratinger Anteil zur Finanzierung der Deutschen Einheit über das Land an den Bund geht. Die sonstigen Umlagen beinhalten die Krankenhaus-, die Berufsschul- und die Verkehrsverbundumlage.

b. Personal- und Versorgungsaufwendungen

Der Aufwand für Personal ist mit einem knappen Viertel der ordentlichen Aufwendungen nach den Transferaufwendungen (=Umlagen) der zweitgrößte Aufwandsposten. Dies ist ein für Kommunen übliches Verhältnis, weil die städtischen Bediensteten im Wesentlichen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen. Hierunter sind sämtliche Aufwendungen für Löhne und Gehälter einschließlich der von der Stadt als Arbeitgeber zu tragenden Nebenkosten erfasst. Außerdem fließen hier Aufwendungen für die Bildung von Pensions- und Beihilferückstellungen ein. Durch die Bildung dieser Rückstellungen wird das Haushaltsergebnis durch Aufwendungen für Pensionsansprüche belastet (vgl. [Exkurs Aufwendungen und Erträge vs. Ein- und Auszahlungen](#))

Diese Rückstellungsbildung betrifft allerdings nur die Ergebnisrechnungen der entsprechenden Jahre - es wird also kein „echtes“ Geld zurückgelegt, sodass die Liquidität in den nächsten Jahren durch steigende Pensionsauszahlungen verstärkt belastet sein wird.

Mit den Personalaufwendungen hängen auch die Versorgungsaufwendungen zusammen. Im Gegensatz zu den Personalaufwendungen sind hier die Aufwendungen für Versorgungsempfänger, also Pensionäre u.ä., zu veranschlagen, insbesondere die Beiträge zur Versorgungskasse und die Beihilfen. Die geplanten Personal- und Versorgungsaufwendungen betragen in 2011 insgesamt 60,3 Mio. €

In Ratingen waren in 2010 vom Sachbearbeiter, Gärtner und Ingenieur über den Feuerwehrmann bis zum Bürgermeister über 1.000 Menschen beschäftigt. Ca. 270 (26%) davon waren Beamte und rund 170 (16%) im Sozial- und Erziehungsdienst.

c. Sachaufwendungen

Unter diesen Posten fallen alle Zahlungen für Sach- und Dienstleistungen, die keine Investitionen darstellen. Dazu gehören z.B. Instandhaltungsarbeiten an städtischen Gebäuden sowie dem Straßen- und Kanalnetz aber auch Strom-, Gas- und Wasserkosten oder auch Schülerbeförderungskosten.

d. Übrige Aufwendungen

Dieser große Posten umfasst verschiedene Aufwendungen, die nicht unter einen Oberbegriff zu fassen sind, wie z.B.:

- Restmüllentsorgungskosten (4,9 Mio. €);
- Sozialtransferaufwendungen (1,7 Mio. € zzgl. der über die Kreisumlage zu tragenden Sozialkosten zum Beispiel für die Grundsicherung im Alter, Unterkunftskosten HartzIV usw.);
- Zuschüsse für den Betrieb von Kindergärten an freie Träger, wie z.B. Kirchen (9,2 Mio. €) hierzu gewährt das Land NRW Zuweisungen von rd. 5,4 Mio €);
- Sonstige Transferaufwendungen, z.B. im Bereich der Jugendhilfe oder an Verbände und Vereine (11,4 Mio. €);
- Hilfen zur Erziehung, die das Jugendamt gewährt (z.B. sozialpädagogische Betreuung, Familienberatung, Unterbringung in Pflegefamilien oder Heimen, etc.(8,5 Mio. €);
- Versicherungen für Fahrzeuge, Gebäude etc. (1,5 Mio. €);
- Zinsaufwand (5,0 Mio.€).

e. Bilanzielle Abschreibungen

Vermögensgegenstände haben in aller Regel eine begrenzte Nutzungsdauer. Nach dieser Zeit ist nach Erfahrungswerten eine Totalsanierung, ein Neubau oder eine Ersatzbeschaffung notwendig, d.h. der Vermögensgegenstand hat seinen Wert verloren. Aus diesem Grund wird Vermögen jedes Jahr um einen Abschreibungsbetrag verringert, sodass am Ende der prognostizierten Nutzungsdauer ein symbolischer Restwert von 1 € übrig bleibt. Die Summe dieser Abschreibungen beträgt in 2011 voraussichtlich 21,7 Mio. € und wird in den Folgejahren auf Grund der veranschlagten und geplanten Investitionen weiter steigen. Abschreibungen stellen Aufwand dar und belasten somit das Ergebnis.

Beispiel: Ein Feuerwehrfahrzeug wird am 01.01.2011 für 200.000 € beschafft und hat eine erwartete Nutzungsdauer von 10 Jahren, d.h. es werden in den folgenden Jahren der Nutzung je Jahr 20.000 € abgeschrieben.

III. Teilpläne

Die Aufgaben der Gemeinde werden in Produkte, wie z.B. Feuerwehr, Rettungsdienst, Bestattungswesen, Grundschulen, Straßenbau etc., untergliedert. Die 200 Produkte werden in 58 Produktgruppen und 17 Produktbereichen zusammengefasst. Im Haushaltsplan sind neben den Gesamtplänen auch Teilpläne für die Produktbereiche und -gruppen abgebildet. Die Beratungen in den Ausschüssen und dem Rat finden sogar auf der noch detaillierteren Basis der Produkte und Ämterbudgets statt.

Den Produktplan mit der Aufteilung in Produktbereiche und -gruppen finden Sie [hier](#).

Die vollständigen Teilpläne der einzelnen Produktbereiche finden Sie [hier](#).

Die vollständigen Teilpläne für die einzelnen Produktgruppen finden Sie [hier](#).

Übersicht über die Zuschussbedarfe der Produktbereiche

Wie oben beschrieben sind die Leistungen der Stadt Ratingen Produkten zugeordnet, die wiederum zu 17 Produktbereichen zusammengefasst werden.

Wie stark die entsprechenden Bereiche sich aus eigenen Erträgen tragen können zeigt sich an ihrem Überschuss bzw. dem Zuschussbedarf, der sich aus dem jeweiligen Teilergebnisplan ergibt. Personalaufwand und Abschreibungen sind dabei schon den einzelnen Bereichen zugeordnet. Hier die sechs größten Zuschussbereiche, die aus Haushaltsmitteln, wie z.B. Steuern etc. finanziert werden müssen

1. Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Dieser Produktbereich weist einen Zuschussbedarf von 23,0 Mio. € im Jahr 2011 aus. Er umfasst den Betrieb der Kindertagesstätten, die Kinder- und Jugendarbeit (z.B. Jugendtreffs, Stadtranderholung, das Spielmobil etc.) sowie die Familienhilfen (z.B. Hilfen zur Erziehung, Heimunterbringungen, Jugendgerichtshilfe usw.). Im Bereich der Kindergärten ist die beschlossene Gebührensenkung bereits eingerechnet.

2. Schulträgeraufgaben

Die Stadt Ratingen ist als Schulträger verpflichtet zur Bereitstellung, Unterhaltung und Ausstattung von Schulgebäuden. Außerdem sind z.B. Schulsekretärinnen und Hausmeister zu bezahlen und die Schülerbeförderungskosten (Bustickets und Schulbusse) zu tragen. Der Zuschussbedarf in 2011 beträgt ca. 13,6 Mio. € und macht den Produktbereich „Schulträgeraufgaben“ so zum Bereich mit dem zweithöchsten Zuschussbedarf.

3. Innere Verwaltung

In diesem Bereich sind alle Leistungen zusammengefasst, die überwiegend für andere Bereiche der Verwaltung erbracht werden müssen. Hierzu gehören z.B. die Personalverwaltung, die Stadtkasse, das Rechnungswesen, die EDV-Abteilung, das Gebäudemanagement, der Baubetriebshof oder die Poststelle. Der Zuschussbedarf dieses Bereiches wird mit 13,4 Mio. € geplant.

4. Verkehrsflächen und –anlagen

Die Herstellung und Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur ist eine weitere wesentliche Aufgabe, die auch zur Attraktivität Ratingens als Wohn- und Wirtschaftsstandort beiträgt. Neben der Straßenunterhaltung und der Verkehrssicherung sind hier auch der Winterdienst und die Straßenreinigung erfasst. Da Letztere sich jedoch als Gebührenhaushalte selbst tragen, ist der Zuschussbedarf i.H.v. 9,6 Mio. € überwiegend auf die anderen beiden Bereiche zurück zu führen.

5. Sicherheit und Ordnung

In diesem Bereich sind das Ordnungsamt inkl. Bürgerbüro, Verkehrsüberwachung sowie Feuerwehr und Rettungsdienst erfasst. Während sich Rettungsdienst und Ver-

kehrsüberwachung überwiegend durch Gebühren selbst tragen, erwirtschaftet der Bereich der Ordnungsangelegenheiten nur ca. 1/3 seiner Aufwendungen. Die Feuerwehr hat sogar nur äußerst geringe Erträge, sodass sich insgesamt im Bereich Sicherheit und Ordnung ein Zuschussbedarf von 8,4 Mio. € ergibt.

6. Kultur

Hier sind die VHS, die Musikschule, Stadtbibliothek, -museum, -theater und -archiv sowie die Kulturverwaltung und -förderung erfasst. Diese Bereiche können sich alle nicht selbst finanzieren - insbesondere die Bibliothek mit einem Jahreszuschuss in Höhe von rd. 1,6 Mio. € und die Musikschule mit 0,9 Mio. €, sodass insgesamt ein Zuschussbedarf von 4,0 Mio. € im Jahr 2011 erwartet wird.

7. Zuschussbedarfe aller 17 Produktbereiche

Produktbereich	Zuschussbedarf Mio. Euro
01 Innere Verwaltung	-13,4
02 Sicherheit und Ordnung	- 8,4
03 Schulträgeraufgaben	- 13,6
04 Kultur	- 5,0
05 Soziale Hilfen	-4,3
06 Kinder- Jugend- und Familienhilfe	-23,0
07 Gesundheitsdienste	-1,4
08 Sportförderung	-4,1
09 Räumliche Planung und Entwicklung	-2,8
10 Bauen und Wohnen	-2,3
11 Ver- und Entsorgung	+ 13,6
12 Verkehrsflächen und -anlagen	-9,5
13 Natur- und Landschaftspflege	-2,4
14 Umweltschutz	-0,3
15 Wirtschaft und Tourismus	-1,3
16 Allgemeine Finanzwirtschaft	+72,3
17 Stiftungen	+/- 0
Summe	-5,7

Investitionen in den Stadtteilen

Ratingen ist trotz der hohen Umlagen und sonstigen Kosten noch in der Lage, eigenständig über Investitionsmaßnahmen entscheiden zu können. So sind im Jahr 2011 Ausgaben von 23,8 Mio. € vorgesehen.

Maßnahmen zur Lösung der PCB-Schadstoffbelastung im Rathaus sind dabei noch nicht einbezogen. Die Kosten sollen noch im Rahmen der Haushaltsplanberatungen etatisiert werden.

Sämtliche in den Stadtteilen geplanten Investitionen wurden auch im jeweils zuständigen Bezirksausschuss beraten. Im Folgenden sind die geplanten Investitionen aufgelistet, für die im Haushaltsjahr 2011 je Einzelmaßnahme über 100.000 € ausgegeben werden sollen.

	Ansatz 2011 (Euro)	Gesamtansatz (Mio. Euro)
Bezirk Mitte/Ost/Süd		
Anbau und Einrichtung einer Mensa in der Friedrich-Ebert-Schule	232.000	2,0
Innensanierung Weizsäcker-Gymnasium	1.000.000	3,25
Kindergarten Calor-Emag-Straße (Neubau)	1.205.000	1,9
Kindergarten Schützenstraße (Neubau)	1.835.000	3,2
Neugestaltung der Fußgängerzone (2. Bauabschnitt zur Bechmer Straße)	275.000	1,2
Bezirk West		
Kanalerneuerung Bauhof Sandstraße	420.000	0,42
Käthe-Kollwitz-Schule (Einrichtung und naturwissenschaftliche Räume)	273.000	0,47
Dietrich-Bonhoeffer-Schule (Pädagogisches Zentrum und Erneuerung der Einrichtung)	850.000	2,66
Kita Breslauer Straße Dacherneuerung	150.000	0,15
Kita Daimlerstraße (Baukosten für U3-Betreuung)	500.000	0,84
Kita Volkardeyer Str. (Baukosten für U3-Betreuung)	427.000	0,69
Neubau Sporthalle Martin Luther King Schule	1.500.000	3,78
Sportplatz Gothaer Straße	872.000	2,06
Haltestellen Ratingen West	100.000	0,47
Bezirk Tiefenbroich		
Kreisverkehr Jägerhofstraße	400.000	0,63
Bezirk Lintorf/Breitscheid		
Comenius-Schule (Fassadensanierung - Konjunkturpaket II)	320.000	0,64
Kita Mintarder Weg (Baukosten für U3-Betreuung)	220.000	0,28
Regenwasserkanal Duisburger Straße	200.000	1,00
Straßenbau Duisburger Straße (2. Teil)	500.000	1,98
Bezirk Hösel/Eggerscheidt		
Wilhelm Busch Schule (WC-Anlage)	170.000	0,34
Straßenbau Bahnhofstraße	445.000	0,50
Bezirk Homberg- Schwarzbach		
Brücke „Am Butterbusch“ Neubau	361.000	0,36

Diese Investitionen können im Haushaltsjahr 2011 voraussichtlich überwiegend aus vorhandenen Bankbeständen und mit einer moderaten Kreditaufnahme realisiert werden.

Nach Fertigstellung der Investitionen werden diese abgeschrieben, sodass in den Folgejahren das Ergebnis durch Abschreibungsaufwand zeitanteilig belastet wird.

Das vollständige Investitionsprogramm finden Sie [hier](#); die dazugehörigen stichwortartigen Erläuterungen [hier](#).

IV. Schuldenstand der Stadt Ratingen

In der öffentlichen Debatte spielen die Schulden der Kommunen häufig eine große Rolle. Grundsätzlich dürfen Kredite nur für Investitionen und nur dann aufgenommen werden, wenn es keine wirtschaftlichere Alternative gibt. In Ratingen wurden und werden diese Grundsätze strikt eingehalten. Kassenkredite zur Finanzierung von laufenden Aufwendungen mussten in den letzten Jahren nicht aufgenommen werden. Die Stadt Ratingen hat Ende 2010 Kreditverbindlichkeiten von

ca. 92 Mio. €

2004 lagen diese noch bei 128 Mio. € - die Schulden sind also um 36 Mio. € abgebaut worden.

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Ratingen betrug Ende 2009 ca. 1.050 € - der NRW-Durchschnitt lag zum selben Zeitpunkt bei 1.990 €.

Für das Jahr 2011 wird erwartet, dass auf Grund der noch vorhandenen liquiden Mittel im Haushaltsplan 2011 keine Netto-Neuverschuldung erforderlich ist. Das liegt daran, dass die im Jahr 2011 geplante Kreditermächtigung von ca. 5 Mio. € exakt den Kredittilgungen entspricht. Dies veranschaulicht die folgende Berechnung:

Ist-Schuldenstand am Jahresanfang 2011:		ca. 92 Mio. €
plus Kreditneuaufnahme:	+	5 Mio. €
minus Kredittilgungen:	./.	5 Mio. €
= geplanter Ist-Schuldenstand am Jahresende 2011:		ca. 92 Mio. €

In den Folgejahren wird der Geld- bzw. Bankbestand voraussichtlich - auch wegen der Investitionstätigkeit - nicht mehr ausreichen um den Finanzbedarf zu decken, so dass neue Kredite aufgenommen werden müssen oder auf noch vorhandene Kreditermächtigungen aus Vorjahren zurückgegriffen werden muss.

Kredite, die wegen Investitionsauszahlungen zur Lösung der PCB-Belastung im Rathaus ab dem Jahr 2012 notwendig werden, sind noch nicht eingeplant (vgl. Kapitel IV. „Investitionen in den Stadtteilen“)

V. Einsparungs- und Konsolidierungsmaßnahmen im Haushaltsplan-Entwurf 2011

Die Aufwendungen der Stadt Ratingen - und auch der Kommunen insgesamt - sind in den letzten Jahren vor allem bei den Sozialkosten und der Kreisumlage gestiegen. Vor diesem Hintergrund sind sämtliche vertretbaren Möglichkeiten zu nutzen, den Ergebnisfehlbetrag von rd. 5,7 Mio. € in 2011 zu verringern. Dazu gehören Einsparungen auf der Ausgabenseite, aber auch angemessene Einnahmeerhöhungen.

In den Haushaltsplan-Entwurf 2011 der Verwaltung sind schon verschiedene Maßnahmen einkalkuliert worden, die aber erst noch vom Rat beschlossen werden müssen:

1. Erhöhung der Grundsteuerhebesätze um je 20 Prozentpunkte: Das würde für land- und forstwirtschaftliche Flächen eine Erhöhung von 11,1 % sowie für bebauete Flächen von 5,3 % bedeuten. Die Verwaltung begründet die Erhöhung der Steuersätze damit, dass in den letzten Jahren - trotz anhaltender Inflation - keine Anpassung der Hebesätze erfolgt ist. Die angestrebte Erhöhung stellt somit aus der Sicht der Verwaltung einen Inflationsausgleich dar, welcher trotz gestiegener Kosten zum Beispiel für die Bereitstellung der städtischen Infrastruktur (Straßen- und Kanalunterhaltung, Straßenbeleuchtung, Schulen usw.) bisher nicht erfolgt ist.
2. Deckelung der Personalkosten: Trotz tariflicher Lohnsteigerungen soll der Personalkostenansatz des Vorjahres beibehalten werden. Diese Deckelung macht folglich eine noch restriktivere Personalpolitik (inkl. Stellenkürzungen) erforderlich.
3. Pauschale Kürzung der Aufwendungen in allen durch die Stadt beeinflussbaren Bereichen um 10 %. (480.000 €/Jahr)
4. Zusätzlich 10 % Kürzung im Bereich Gebäudeunterhaltung und --wartung (150.000 €/Jahr)
5. Zusätzlich 10 % Kürzung im Bereich Unterhaltung von Grün- und Spielflächen, z.T. verbunden mit Standardreduzierungen.
6. Erhöhung der Elternbeiträge für die Offene Ganztagschule um 10 % (80.000 €/Jahr)
7. Erhöhung der Vergnügungssteuersätze (70.000 €/Jahr)
8. Erhöhung der Hundesteuersätze um 10 % (47.000 €/Jahr)
9. Erhöhung der Parkgebühren in den städtischen Parkhäusern pro Stunde von 1 € auf 1,50 €. Die erste Stunde soll dabei weiterhin frei bleiben. (250.000 €/Jahr)
10. Die Gewinnausschüttung der Stadtwerke für 2010 wurde von 2010 nach 2011 verschoben, sodass in 2011 einmalig Gewinne aus zwei Jahren im Finanzergebnis enthalten sind.

Ohne diese Maßnahmen würde der Ergebnisfehlbetrag von 5,7 Mio. € erheblich höher ausfallen.

VI. Fazit

Die Kommunen befinden sich generell in einer finanziell schwierigen Zeit - mit weiter steigenden Sozialausgaben und vor allem deshalb stetig wachsenden Abgaben der kreisangehörigen Städte an die Kreise. Dabei sind viele Bereiche gar nicht oder nur sehr eingeschränkt durch eine Stadt beeinflussbar, wie z.B. die Kreisumlage, Sozialausgaben oder dringende Ersatzinvestitionen zur Sicherstellung wichtiger Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die meisten Kommunen haben derzeit zum Teil erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Ratingen kann auf Grund der hohen Gewerbesteuererinnahmen und „Reserven aus Vorjahren“ trotz erwarteter Ergebnisfehlbeträge den Haushaltsausgleich herstellen, dies jedoch nur durch eine Reduzierung des städtischen Eigenkapitals. Um die planmäßige Eigenkapitalreduzierung zu verringern, mussten im Haushaltsplanentwurf 2011 Einsparungs- und Konsolidierungsmaßnahmen eingeplant werden. Die Entscheidungen des Rates hierzu stehen noch bevor.

Mit einer starken Wirtschaft und engagierten Bürgerinnen und Bürgern hat die Stadt Ratingen hervorragende Voraussetzungen, sich als attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort wie bisher behaupten zu können. In einer vor kurzem veröffentlichten Studie der Industrie- und Handelskammer belegt die Stadt Ratingen den 1. Platz aller mittelgroßen Städte Nordrhein-Westfalens. Dieses Ergebnis ist kein Selbstläufer. Deshalb ergeben sich aus der Sicht der Verwaltung vor allem im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen folgende Grundsätze für die Zukunft der Stadt Ratingen:

1. Beibehaltung der Attraktivität als Wohnort;
2. Beibehaltung der Attraktivität als Wirtschaftsstandort;
3. Durchführung notwendiger Investitionen mit Prioritätensetzung durch Politik und Verwaltung;
4. Gewährleistung eines dauerhaft ausgeglichenen Haushaltsplanes;
5. angemessene Finanzmittelausstattung für die Aufgabenbereiche der Stadt Ratingen;
6. ausgewogene Einnahmepolitik in Abhängigkeit von den finanziellen Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten.

Insbesondere die teilweise gegensätzlichen Grundsätze 4. bis 6. gilt es, im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen ausgewogen aufeinander abzustimmen. Um den Haushaltsausgleich dauerhaft herstellen zu können und eventuelle Ergebnisfehlbeträge bzw. Eigenkapitalreduzierungen zu vermeiden (oder zumindest zu verringern), sind unter Umständen auch Einschränkungen bei der Finanzmittelausstattung der Aufgabenbereiche und auch Einnahmeerhöhungen erforderlich.

Mit der bevorstehenden Verabschiedung des Haushaltsplanes 2011 in der Sitzung am 24. März 2011 muss der Rat der Stadt Ratingen im o.g. Sinne die nächsten Grundsatzentscheidungen treffen, um die genannten Ziele erreichen zu können.



Herausgeber:

Amt für Finanzwirtschaft

Stand: Februar 2011